

Der verordnete Klimaschutz ist teuer und brandgefährlich

Verbranntes Geld

Als die Hypothese vom menschengemachten Klimawandel endgültig ihren Siegeszug antrat und allerorten CO₂ gebannt werden sollte, erblickte die deutsche Energieeinsparverordnung (EnEV) das Licht der Welt. Dieses bürokratische Wunderwerk bekam im Zuge von Angela Merkels Energiewende so richtig „Zähne“: Die Regelungen wurden verschärft, die Wärmedämmung von Gebäuden ist Pflicht. Man versprach hohe Energieeinsparungen und kurze Amortisierungszeiten.

Nach Berechnungen des Eigentümervereins „Haus & Grund“ dauert es hingegen 51 Jahre, bis sich die Investition in Wärmedämmung rentiert. Eine Studie der KfW kam 2013 zu einem ähnlichen Ergebnis. Dennoch ist es gerade die staatliche Investitionsbank, die von der Bundesregierung dazu angehalten wird, mittels Förderprogrammen die Wärmedämmung voranzutreiben. Die Bundesregierung phantasiert von Energieeinsparungen bis zu 80 Prozent.

Angesichts der EnEV-Geldverbrennung geriet die wirkliche Brandgefahr, die gerade von Wärmedämm-Verbundsystemen ausgeht, in den Hintergrund. Denn zumeist wird Schaumkunststoff („Styropor“) verbaut. Dieser Baustoff ist als „schwer entflammbar“ klassifiziert, sorgt aber – einmal in Brand geraten – dafür, daß sich Brände entlang der Außenfassade über das gesamte Haus ausbreiten. Welche schwerwiegenden Folgen das haben kann, zeigte der Hochhausbrand in London

(JF 26/17), bei dem 80 Menschen starben. Dieses Unglück rückte die Dämmstoff-Gefahr ins Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit.

Die Bundesregierung ließ verlauten, so etwas könne in Deutschland nicht passieren, weil Styropor bei Hochhäusern nicht verbaut werden darf. Das stimmt. Sind die Häuser aber kleiner als 22 Meter, dann schon. Und hier liegt der Hase im Pfeffer: Dies trifft auf die allermeisten Gebäude in Deutschland zu. Insgesamt wurden bis 2012 rund



VON BEATRIX VON STORCH

»Die Bundesregierung frönt der Klimareligion, egal ob es nutzt und egal, was es kostet.«

720 Millionen Quadratmeter Wärmedämm-systeme gebaut, meist mit Schaumkunststoff. Brand-schutzexperten sprechen von einem „kaum mehr handhabbaren Risiko“ durch Dämmplatten, sowohl für Bewohner als auch für Einsatzkräfte. Experten haben seit Jahren auf diese tödliche Gefahr hingewiesen, zuletzt Anfang 2017 auch der deutsche Versicherungs-verband GDV.

Es zeigt sich einmal mehr: Blind folgt man einer weltfremden Umerziehungsideologie. Allen wissenschaftlichen Fakten und aller Logik zum Trotz erläßt man planwirtschaftliche Vorgaben. Man frönt der Klimareligion, egal ob es tatsächlich von Nutzen ist und egal, was es kostet. Dabei tut sich auch die Bundesregierung wieder mit besonderem Eifer hervor, wenn es darum geht, Fakten auszublenden, zu beschwichtigen und zu verschweigen.

Beatrix von Storch ist EU-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der AfD.

Eier-Skandal

Von wegen Verbraucherschutz

Von Paul Leonhard

Aldi stellt den Verkauf von Eiern ein. Rewe und Penny nehmen Eier aus den Niederlanden aus dem Sortiment. Eiersalat wird zurückgerufen. Was ist der Dieselskandal gegen das fehlende Frühstücksei.

Zeitungen drucken Nummern wie 1-DE-0358001 ab. Findet man diese auf dem Ei im Kühlschrank vor, sollte man dieses umgehend vernichten. Wie man ein Gift-Ei im Fertigmilch erkennt, ist noch unklar. Denn das Insektizid Fipronil, das die niederländische Firma Chickfriend einem zur Reinigung von Hühnerställen eingesetzten Antimilbenmittel beimischt, wird weder beim Kochen noch beim Backen oder Braten abgebaut.

Ist es angebracht, diesen Vorfall so hoch zu hängen, wie es derzeit viele Medien tun? Ein 65 Kilo schwerer Mensch müßte jeden Tag sieben versuchte Eier essen, damit ihm akute Gesundheitsgefahren drohen, beruhigt das Bundesinstitut für Risikobewertung.

Der eigentliche Eier-Skandal ist, daß Behörden die Strafverfolgung

über den Schutz der Menschen gestellt haben. Bereits Anfang Juni hatte das belgische Amt für Lebensmittelsicherheit Spuren von Fipronil in Eiern nachgewiesen. Um die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht zu behindern, publizierte man diese Erkenntnis sieben Wochen lang nicht. Auch die am 20. Juli informierte zuständige EU-Behörde warnte die Öffentlichkeit nicht. Das tat am 28. Juli erst die Niederländer über das EU-Schnellwarnsystem RASFF. Zwei weitere Tage dauerte es, bis Niedersachsen – in Deutschland sind Warnungen vor schädlichen Lebensmitteln Ländersache – auf die kontaminierten Eier hinwies.

Behauptete der Bundeslandwirtschaftsminister vor exakter Woche, er könne zwar „noch keine Entwarnung“ geben, aber die Lage sei „unter Kontrolle“, ist inzwischen von mindestens zwölf Millionen verseuchten Eiern die Rede, die in den deutschen Handel gekommen sind. Nach neuesten Meldungen sind auch Frankreich und Großbritannien betroffen.



EBZ-Hochhaus in Frankfurt am Main: Schaffung einer sicheren europäischen Wertpapierklasse bei gleichzeitiger Wahrung der Marktdisziplin

Vergemeinschaften auf Raten

Euro-Krise: Unterschätzte Gefahren bei den „Europäischen Sicheren Anleihen“ / Eurobonds durch die Hintertür

DIRK MEYER

In Wahljahren neigen Regierungsparteien dazu, klare Kante zu zeigen: „Wir lehnen Eurobonds weiterhin ab“, verspricht Unionsfraktionsvize Ralph Brinkhaus. „Wir brauchen keine Eurobonds und nicht noch mehr Gemeinschaftshaftung“, erklärt sein SPD-Amtskollege Carsten Schneider. „Wir haben nicht den ungerechten Länderfinanzgleich in Deutschland geändert, um ihn in Europa einzuführen“, so der bayerische Finanzminister Markus Söder (CSU). AfD und FDP waren immer dagegen. Selbst die einstigen Befürworter – Teile der SPD, Grüne und Linke – wollen davon nichts mehr wissen.

Die erstmals 2010 diskutierten Eurobonds sind Anleihen, die von Mitgliedstaaten der Währungsunion gemeinsam ausgegeben werden. Kritikern gelten sie als Instrument zur Vergemeinschaftung nationaler Staatsschulden, denn jeder Staat haftet für die gesamte Anleihe bei Ausfall anderer Schuldnerstaaten. Hochverschuldete Euro-Staaten kämen noch günstiger an Kredit. Bereits heute führen die Rettungsschirme (EFSF, ESM) dazu, daß das Gebot des Haftungsausschlusses

(Art. 125 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) ungläubwürdig ist und der Kreditzins deshalb selbst für die Krisenstaaten nur eine geringe Risikoprämie beinhaltet. Allerdings sind Eurobonds mit Deutschland derzeit nicht zu machen. Dies scheint auch die EU-Kommission zu berücksichtigen, denn in ihren neuesten Strategiepapieren zur Zukunft Europas taucht dieses Finanzierungsinstrument nicht mehr auf.

Dem Wunsch nach sicheren Anleihen liegen zwei Aspekte zugrunde: Sie sind für institutionelle Kapitalanleger wie Banken und Versicherungen wichtig, um Verbindlichkeiten in ferner Zukunft hinreichend sicher bedienen zu können. Staatsanleihen werden aufsichtsrechtlich zwar als sicher behandelt, de facto sind sie aber mehr oder weniger unsicher. Damit entsteht ein zweites Problem, denn im Krisenfall bekommt ein Staat keinen Kredit mehr, die Anleihekurse stürzen ab, und die zumeist heimischen Banken als Halter dieser Papiere geraten in Not. Über die Verflechtung der Kapitalmärkte kommt es zu einer Staaten- und Bankenkrise, die die Finanzstabilität gefährdet.

Europäische Sichere Anleihen (European Safe Bonds/ESBies) sollen beide Probleme lösen. Der Vorschlag dieser staatsanleihebesicherten Wertpapiere

beruht auf zwei Prinzipien: Diversifikation und Risikoteilung. Im ersten Schritt bündelt man Staatsanleihen der Euroländer anteilig, etwa entsprechend dem jeweiligen Kapitalanteil an der EZB (Deutschland 25,6 Prozent; Frankreich 20,2 Prozent; Italien 17,5 Prozent oder Griechenland 2,8 Prozent).

In einem zweiten Schritt werden zwei Tranchen mit unterschiedlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten gebildet. Die Senior-Tranche (70 Prozent) sind ESBies mit vorrangiger Bedienung. Die Junior-Tranche (30 Prozent) ist der Sicherheitspuffer. Im Fall der Insolvenz eines Euro-Staates müssen die Gläubiger diesen Ausfall zuerst hinnehmen. Den Status einer „sicheren Anleihe“ verlieren die ESBies erst, wenn das Land mehr als 30 Prozent seiner Schulden nicht zahlt.

Eine gefährliche Verflechtung der Risiken

Die von den Banken gehaltenen Staatspapiere wären diversifiziert, die Verflechtungen zwischen Banken und Staaten gelockert und die Liquidität und die Transmission der Geldpolitik verbessert. In seinem Jahresgutachten 2016/17 sieht der Sachverständigenrat der Bundesregierung den Hauptvorteil der ESBies „in der Schaffung einer sicheren europäischen Wertpapierklasse bei gleichzeitiger Wahrung der Marktdisziplin und ohne explizite Vergemeinschaftung der Risiken.“ Also alles gut?

Keinesfalls, denn zunächst findet eine Vergemeinschaftung von Risikoprämien unterschiedlicher Ausfallwahrscheinlichkeiten statt. Risiken werden umverteilt, aber nicht reduziert. Der gemittelte Zins beider Anleihe-Tranchen dürfte in etwa der Durchschnittsrendite der gewichteten Anteile der Staatsanleihen entsprechen. Deshalb wird kein privates Finanzinstitut als ESBies-Emittent auftreten, denn die Verbriefung wird keine lohnende Zinsdifferenz aus den originären Staatstiteln und den staatsanleihebesicherten Wertpapieren hervorbringen. Deshalb gibt es die ESBies bislang auch nicht. Weshalb

wirbt die EU-Kommission dann für die „äußerst innovative“ Konstruktion? Die Lösung: Der ESM und die EZB kämen als Emittent in Frage. Hochrisikoanleihen (Griechenland) würden mit Nullzinsanleihen (Deutschland) und anderen Staatspapieren zusammengelegt.

Griechenland käme günstiger an Kredit – deutsche Bundesanleihen hätten zukünftig eine geringere „Safe-Haven“-Prämie. Im Krisenfall könnte der Anteil der Krisenstaaten bei neuen Verbriefungen erhöht werden. Sollte die Junior-Tranche am Markt nicht mehr verkäuflich sein, könnte sie vom ESM oder der EZB selbst gehalten werden. De facto würden die ESBies vom EU-Emittenten subventioniert. Der Kreditzins als Maß für das Kreditrisiko von Staaten würde weiter ausgehöhlt. Die ESBies wären marktbasierter Eurobonds mit Schuldenvergemeinschaftung. Die Verflechtung der Risiken würde nach einer Prognose der Ratingagentur Standard & Poor's für die Senior-Anleihe eine BBB-Einstufung und für die Junior-Anleihe eine B- ergeben – also keine sichere Anleihe.

Was sind die Alternativen? Der Sachverständigenrat schlägt eine Entprivilegierung von Staatsanleihen vor, indem diese zukünftig von Banken risikoadäquat mit Eigenkapital unterlegt werden müßten. Großkreditgrenzen könnten Klumpenrisiken vermeiden. „Verantwortungsbonds“ (Accountability Bonds) werden vom Ifo-Institut vorgeschlagen. Hiernach dürfen Staatsanleihen nur als nachrangig zu bedienende Anleihen ausgegeben werden, sollte das strukturelle Haushaltsdefizit die im reformierten Fiskalvertrag vereinbarten 0,5 Prozent überschreiten. Generell würden Staatspapiere weniger attraktiv, und Staaten müßten zugunsten der Finanzstabilität der Eurozone solider haushalten.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Der EU-Bericht der fünf Präsidenten: www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/5presidentsreport.de.pdf

European Safe Bonds (ESBies)

Das Konzept der „Europäischen Sicheren Anleihen“ (European Safe Bonds/ESBies) wurde erstmals 2011 und präzisiert 2016 von Ökonomen der Princeton University (New Jersey) um den deutschen Wirtschaftswissenschaftler Markus Brunnermeier vorgestellt. Damals eskalierte die Euro-Krise, neben Griechenland waren auch Irland und Portugal auf Milliardenhilfen des Rettungsfonds EFSF angewiesen, um eine Staatsinsolvenz zu verhindern. 2012 folgte der mit 704,8 Milliarden Euro Stammkapital ausgestattete ESM, um auch Spanien, Zypern und möglicherweise weitere

Euro-Staaten finanzieren zu können. ESBies sollen eine Alternative zum ESM sein: Die nach einem festen Schlüssel gebündelten Staatsanleihen der Euro-Länder wären neuartige Wertpapiere, die dann private Investoren kaufen könnten. ESBies hätten eine größere Ausfallwahrscheinlichkeit als Bundesanleihen, sollen aber sicherer als griechische Staatspapiere sein.

Konzept „ESBies – Safety in the tranches“: scholar.princeton.edu/sites/default/files/markus/files/ESBies_Safety_in_the_Tranches_10e.pdf

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst · Hohenzollernstraße 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: Kundennummer:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)

Vorname/Name:
Straße/Nr. (kein Postfach):
PLZ/Ort:
Telefon: E-Mail:

Datum/Unterschrift:
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand
gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Ralf Nienaber
Geplanter Untergang
Wie Merkel und ihre Macher Deutschland zerstören
Auf Merkels rechtswidrige Grenzöffnung folgten Vergewaltigungen, Diebstähle, Körperverletzungen, Morde und Terror. Was nach Unfähigkeit aussieht, hat jedoch einen Plan: Die Geostategen und Spekulanten hinter Merkel geht es um Deindustrialisierung und Bevölkerungsaustausch.
304 S., Pb.

Best.-Nr.: 93207
EUR 18,90

Alexander Dill
Die Welt neu bewerten
Warum arme Länder arm bleiben und wie wir das ändern können
Alexander Dill legt dar, wie das BIP oder der Human Development Index die Kreditwürdigkeit der Länder verzerrt. Man bevorzugt finanzstarke Haupt-schuldner und läßt den globalen Süden leer ausgehen. Betrachtet man das Sozialklima als Maßstab, ergibt sich ein anderes Bild.
208 S., Pb.

Best.-Nr.: 93502
EUR 14,95

Bruno Bandulet
Beuteland
Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945
Welche materiellen und geistigen Werte wurden den Deutschen in sieben Jahrzehnten genommen? Was steckt hinter der europäischen Integration und wie verkam der Euro zum Enteignungsprogramm? Bruno Bandulet entlarvt die Verschwörung der Eliten!
333 S., geb.

Best.-Nr.: 93140
EUR 19,95

Matthias Weik, Marc Friedrich
Kapitalfehler
Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen
Die Finanzkrise 2008 hat die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds getrieben. Doch ihre Ursachen sind bis heute nicht verstanden worden. Die Autoren zeigen, warum der Finanzkapitalismus immer wieder daran scheitert, unseren enormen Wohlstand fair und nachhaltig zu verteilen.
352 S., geb.

Best.-Nr.: 93133
EUR 19,99

William F. Engdahl
Geheimakte NGOs
Wie die Tarnorganisationen der CIA revolutionen, Umstürze und Kriege anzetteln
Die Motive der NGOs klingen edel, aber sie bringen Krieg, Gewalt und Terror. William Engdahl zeigt, wer hinter ihnen steckt, wer sie finanziert und wie sie Ukraine-Konflikt, Arabischen Frühling, Syrienkrieg, Flüchtlingskrise und islamischen Terrorismus beeinflusst haben.
268 S., geb.

Best.-Nr.: 93464
EUR 22,95

Götz W. Werner, Matthias Weik, Marc Friedrich
Sonst knallt's!
Warum wir Wirtschaft und Politik radikal neu denken müssen
Immer mehr Menschen haben das Gefühl, nur noch für den Staat zu schaffen, und fühlen sich benachteiligt, während eine winzige Elite immer reicher wird. Die Autoren zeigen auf, warum ein bedingungsloses Grundeinkommen, Gemeingüter und eine Finanzregulierung vernünftig sind.
160 S., geb.

Best.-Nr.: 93473
EUR 10,00

Andreas Marquart, Philipp Bagus, Roland Tichy
Wir schaffen das – alleine!
Warum kleine Staaten einfach besser sind

WIR SCHAFFEN DAS ALLEINE!
FBV

„Nur die Vereinigten Staaten von Europa werden im Wettbewerb mit Asien und Amerika bestehen können.“ Dieses EU-Dogma wird von den beiden Bestsellerautoren gründlich auseinandergenommen. Tatsächlich gedeihen in Staatsmolochen nämlich Bevormundung, Korruption und Verschwendung.
160 S., geb.

Best.-Nr.: 93381
EUR 14,90